

Protokollauszug Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Brand vom 11.05.2005

Zu Ö 11 Mitteilungen der Verwaltung

11.2

Frau Krott teilt mit, dass bezüglich der Instandsetzungsarbeiten im Bereich Rollefstraße Beschwerden seitens des Marienheims vorliegen. Der verbleibende Weg zwischen Baum und Randstein ist zu eng für Rollstuhlfahrerinnen und –fahrer und ist stark durch Wurzelwerk beschädigt. Der Vorschlag der Verwaltung ist, dass die drei Baumscheiben im hinteren Bereich weggenommen und die Baumscheiben im vorderen Bereich überarbeitet werden.

Bezirksvorsteher Henn rät, mit dem Marienheim Kontakt aufzunehmen und abzuklären, ob nicht zusätzliche Begrünungsmaßnahmen auf dem Grundstück des Altenheims vorgenommen werden sollen, um den Wegfall der Baumscheiben auszugleichen.

11.3

Herr Müller bittet, den Vorschlag aufzugreifen. Die Verwaltung sollte einen Termin vor der Sommerpause unterbreiten.

11.9

Herr Philipp ist mit den Antworten zu a) und d) nicht zufrieden.

Zu Antwort a) bittet er um Mitteilung, wie die Angelegenheit jetzt vorangeht, da bisher keine Fördermittel eingeworben worden sind.

Herr Blum hat in seiner Eigenschaft als Mitglied des Umweltausschusses Kenntnis davon, dass bereits Fördermittel beantragt wurden, das Umweltamt jedoch zurzeit noch weitere Möglichkeiten prüft.

Bezirksvorsteher Henn hält fest, dass die Bezirksvertretung die Fachverwaltung bittet, zu Punkt a) in der nächsten Sitzung ausführlich zu berichten.

Zu Antwort d) stellt Herr Philipp fest, dass in der Haushaltsplanberatung festgestellt worden war, dass bereits 80 % der Erschließungsbeiträge durch die Anlieger bezahlt worden sind. Es handelt sich nach wie

vor um eine Baustraße, die sich in einem äußerst schlechten Zustand befindet. Da die Bürger bereits ihre Erschließungsbeiträge bezahlt haben, bittet er um Mitteilung, warum sich der Ausbau jetzt noch verzögert.

Frau Krott berichtet, dass die Fachausschüsse den Empfehlungen der Bezirksvertretung nicht gefolgt sind und infolgedessen die Haushaltsmittel nicht kurzfristig zur Verfügung stehen, trotzdem sagt sie eine weitere Stellungnahme der Verwaltung zu.